

Hitlerregimes, zur Verhinderung bzw. Beendigung des Krieges und für den Kampf um einen antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen deutschen Staat. Die KPD war die einzige Partei Deutschlands, die dem Hitlerfaschismus vom ersten bis zum letzten Tage einen organisierten Widerstandskampf entgegensetzte. Sie brachte größte Opfer in diesem Kampf: Von den rd. 300 000 Mitgliedern der KPD wurden etwa 150 000 verfolgt, eingekerkert oder in Konzentrationslager verschleppt. Zehntausende Kommunisten wurden ermordet. Die entscheidende Leistung der KPD und ihres ZK bestand in jenen Jahren darin, daß sie durch die Entwicklung eines realen, wissenschaftlich begründeten antifaschistischen Kampfprogramms wichtige Voraussetzungen für die grundlegende Wende schufen, die nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion im Osten Deutschlands vollzogen werden konnte. Auf der Grundlage des —► *Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945* begann die Partei in allen vier Besatzungszonen ihren Kampf um den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau. In vielen Gebieten Deutschlands kam es auf Initiative der KPD zu Aktionsvereinbarungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die zentralen Leitungen beider Parteien schlossen am 19. 6. 1945 ein Aktionsabkommen (—\* *Aktionsabkommen KPD-SPD*). Im Kampf um revolutionär-demokratische Umgestaltungen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone entstanden die Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung durch die Bildung einer einheitlichen marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse (—\* *Vereinigungsparteitag von KPD und SPD*, —\* *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands*).

2. marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse in der BRD. In

den westlichen Besatzungszonen wurden nach der Zerschlagung des Faschismus die Ansätze der Aktionseinheit der Arbeiterklasse durch Großbourgeoisie, imperialistische Besatzungsmächte und rechte sozialdemokratische Führer zunichte gemacht. Die KPD kämpfte entsprechend dem Aufruf des ZK vom 11. 6. 1945 für antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen und setzte sich für die konsequente Verwirklichung des Potsdamer Abkommens ein. Sie trat den Machenschaften der Großbourgeoisie, der imperialistischen Besatzungsmächte u. a. Kräfte zur —<■ *Spaltung Deutschlands* entgegen. In Herne fand am 27. 4. 1948 eine Konferenz der KPD statt, auf der Vertreter aus allen westlichen Besatzungszonen anwesend waren und M. Reimann als Vorsitzender der KPD gewählt wurde. Die KPD war nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Die Parteikonferenz der KPD in Solingen (5./6. 3. 1949) rief zum Kampf gegen die Schaffung eines separaten westdeutschen Staates auf. Aus diesem Grunde verweigerten die Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat auch die Unterzeichnung des Grundgesetzes der BRD. In der Folgezeit bekämpfte die KPD entschlossen die Restauration der Macht des Monopolkapitals in der BRD und die Remilitarisierungspolitik der herrschenden Klasse. Sie trat entschieden für Frieden und Demokratie, für die Lösung der nationalen und sozialen Frage ein. Auf der Grundlage der Beschlüsse ihres Hamburger Parteitages (28.—30. 12. 1954) wirkte sie aktiv gegen die Eingliederung der BRD in die —► *Nordatlantikpaktorganisation*. Am 17. 8. 1956 wurde die KPD widerrechtlich verboten.

3. mißbräuchliche Bezeichnung einer Organisation in der BRD, in der sich trotzkistische und andere Gruppen zusammengeschlossen ha-